

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(37. - öffentliche - Sitzung am 25. September 2019)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4285](#) neu

hierzu: Eingaben 01009/01/18 (Vorlage 2) und 01034/01/18 (Vorlage 3)

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2019 - 2023**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/4410](#)

Der - mitberatende - Ausschuss behandelte den **Einzelplan 11** - Justizministerium - unter Einbeziehung der Mipla 2019–2023. Er nahm die **Einbringung** durch die Justizministerin entgegen und führte eine **Allgemeine Aussprache** durch.

Der Ausschuss bat den Ausschuss für Haushalt und Finanzen um Stellungnahme zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Gesichtspunkten der Eingabe in Vorlage 3 zu [Drs. 18/4285](#) neu.

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4486](#)

Der Ausschuss stellte die Mitberatung zurück, bis die Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes vorliegen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und zum Schutz der digitalen Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1598](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 19) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP
Enthaltung: AfD

4. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung (Ministergesetz)**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/4417](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Interessenkonflikten bei früheren Mitgliedern der Landesregierung und des Landtages**
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4452](#)
- c) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ministergesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4470](#)

Der Ausschuss beschloss, zu den Gesetzentwürfen eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen sollen der Landtagsverwaltung bis zum 27. September 2019 mitteilen, welche Personen und Stellen um eine Stellungnahme gebeten werden sollen.

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Übersicht über entsprechende Regelungen auf Bundesebene und in anderen Bundesländern.